

# Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 22.

Dinstag am 20. Februar

1849.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint wöchentlich 3 Mal: Dinstag, Donnerstag und Samstag, und kostet sammt dem „Illyrischen Blatte“ im Comptoir jährlich 9 fl. halbjährig 4 fl. 30 kr.; für die Zustellung ins Haus sind jährlich 40 kr. mehr zu entrichten. Durch die k. k. Post unter Couvert mit gedruckter Adresse portofrei ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. 6 M. — Inserate: oberer Theil für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einhaltung 3 kr., für eine zweimalige 4 kr., für eine dreimalige 5 kr. 6 M. Insetate bis 12 Zeilen: 1 fl. für 3 Mal.

## W i e n.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 3. d. M., den Berggrath Julius von Helms zum Director des illyrischen Oberbergamtes und Berggerichtes in Klagenfurt allergnädigst zu ernennen geruhet.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 10. Februar d. J. den Regierungsrath Anton Turneretscher und den Ministerial-Secretär Franz v. Blumfeld zu Ministerialrathen bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten zu ernennen geruhet.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliessung vom 10. Febr. d. J. die Hofbauräthe Georg v. Frast, Paul Sprenger, Ferdinand Ritter v. Mitis und Florian Pasetti zu Sectionsrathen bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten zu ernennen geruhet.

Depesche des Herrn Minister-Präsidenten Fürsten von Schwarzenberg an den k. k. Bevollmächtigten Ritter v. Schmerling in Frankfurt, dd. Wien am 4. Februar 1849.

Als im Frühlinge des verfloffenen Jahres das nach engerer politischer Einigung ringende Nationalgefühl der Deutschen in dem Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse des Vaterlandes seinen Ausdruck fand, kamen die Fürsten Deutschlands den Wünschen und Bestrebungen ihrer Völker mit Bereitwilligkeit entgegen. Am 30. März beschloß der Bundestag die Wahlen der Nationalvertreter einzuleiten, deren Aufgabe es seyn sollte, „zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.“

Die Wahlen fanden Statt, unbeirrt und ungehemmt, in vollster Freiheit. Bald trat die Nationalversammlung in Frankfurt zusammen und begann das große Unternehmen. — Auf ihre Beratungen und Beschlüsse hat Oesterreich nie einen Einfluß zu üben versucht. Der Standpunkt, welchen die kaiserliche Regierung an dem Tage einnahm, an welchem ihr Bevollmächtigter am Bundesstische den eben erwähnten Beschluß unterzeichnete, ist seither unwandelbar derselbe geblieben. Treu der damals durch ganz Deutschland zur Geltung gelangten Ansicht, daß dem Wunsche Deutschlands sey, zugleich aber festhaltend an dem am 30. März in der Bundesversammlung aufgestellten Grundsätze der Vereinbarung zwischen den Fürsten und dem Volke, glaubte die Regierung Sr. Majestät die Ergebnisse der Beratungen der Volksvertreter zu Frankfurt abwarten zu sollen, um im Einklange mit den übrigen deutschen Regierungen das große Werk der Wiedergeburt Deutschlands auf eine nach allen Seiten hin befriedigende Weise zu vollenden.

Die Regierung Sr. Majestät, welche immer fortfuhr, ihre Bundespflichten getreulich zu erfüllen, nahm gleichfalls keinen Anstand, die an der Stelle des Bundestages von der Nationalversammlung geschaffene Centralgewalt anzuerkennen, und dadurch thatsächlich zu beurkunden, wie bereit sie sey, den durch die gesetzlichen Vertreter der deut-

schen Nation ausgesprochenen Wünschen zu entsprechen. Die neue Bundesbehörde wird, mit billiger Rücksicht auf die schwierigen innern Verhältnisse in Oesterreich, nicht umhin können, zu bethätigen, daß die Regierung Sr. Majestät selbst unter dem äußersten Drange der Ereignisse beflissen war, allen Anforderungen zu genügen, wenn solche nicht das Gebiet der Gesetzgebung berührten.

Aufmerksam verfolgte das kaiserl. Cabinet die Beratungen der Nationalversammlung, und gegenüber dem in Deutschland ausgesprochenen Verlangen sich über seine Ansichten zu erklären, mag es nicht den Schein auf sich laden, als wolle es unter der Hülle einer zweideutigen und zurückhaltenden Politik sich verbergen.

Die kaiserliche Regierung theilt im vollen Maße mit den deutschen Volksstämmen dieß- und jenseits der österreichischen Gränzen das tiefgefühlte Bedürfnis der Wiedergeburt Deutschlands; sie erkennt hiezu mit ihnen in einem engeren Verbande der einzelnen Staaten die erste Bedingung. Diesen engeren Verband zu begründen, diese nähere Einigung und Verschlingung herbeizuführen, ist, ihrer Ansicht nach, die gemeinsame Aufgabe der Fürsten und Völker Deutschlands. Weit entfernt, sich auszuschließen, ist sie vielmehr bereit zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung, vorausgesetzt, daß es sich hier um Einigung, nicht um gänzliche Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse handle, um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands, und nicht um deren Aufhebung und Vernichtung.

Die Gestaltung eines unitarischen Staates erscheint dem kaiserl. Cabinet nicht ausführbar für Oesterreich, nicht wünschenswerth für Deutschland. — Nicht ausführbar für uns, denn die österreich. Regierung darf, über der Stellung Oesterreichs im Bunde, der ihr gegenüber den nicht deutschen Bestandtheilen der Monarchie zustehenden Rechte und Pflichten nicht vergessen. So wie sie das Band, welches die deutschen und nichtdeutschen Lande Oesterreichs seit Jahrhunderten zusammenhält, nicht lösen kann, eben so wenig vermag sie eine einseitige Aufhebung des deutschen Bundesverhältnisses zuzugeben, welches einen wesentlichen Bestandtheil der europäischen Verträge bildet. Aber ein solcher einheitlicher Staat erscheint uns auch nicht wünschenswerth für Deutschland, denn er würde nicht nur die mannigfach gestalteten Bedürfnisse, die nächsten moralischen und materiellen Interessen, die Ueberlieferungen der Vergangenheit und die Ansprüche an die Zukunft auf das Vielfältigste und Tiefste verletzen, sondern auch der mit Sehnsucht herbeigewünschten und mit Eifersucht bewachten Entwicklung der staatlichen und persönlichen Freiheit der Deutschen hemmend in den Weg treten.

Man wende dagegen nicht ein, daß ein solcher einheitlicher Staat nicht beabsichtigt werde, daß es sich ja um einen Bundesstaat handle. Wir können jene Behauptung und diese Benennung gleich wenig gelten lassen.

Die Majorität der Nationalversammlung hat sich entschieden für das Programm des Herrn Ministers von Gagern. Dieses Programm, sollte es verwirklicht werden können, würde den sogenannten

engeren Bundesstaat, d. h. jenen von uns eben angedeuteten einheitlichen Staat begründen, gleichviel, ob der Schwerpunkt in Frankfurt bliebe, oder nach einem andern Theile Deutschlands verlegt würde.

Von welchem Standpunkte auch ein solches Unternehmen betrachtet wird, es zeigt nach allen Seiten große, zum Theile unüberwindliche Schwierigkeiten. Für Deutschland — weil, wenn wir nicht sehr irren, den einzelnen Gliedmaßen der Geschichte und den Bedürfnissen der Gegenwart entgegen, jedes selbstständige Leben entzogen, und nach einem künstlich geschaffenen Brennpunkte übertragen würde; — für Oesterreich, weil es uns entweder aus dem neuen Deutschland gänzlich ausschließen, oder den Verband zwischen den deutschen Erblanden und den nicht deutschen Bestandtheilen lösen, d. h. factisch die §§. 2 und 3 des Verfassungsabschnittes über das Reich ins Leben rufen würde. Man erinnert sich, daß letztere in ganz Oesterreich einschließig der deutschen Lande mit einem Schrei des Unwillens aufgenommen, und in der Paulskirche selbst von vielen österreichischen Rednern, und besonders von dem jetzigen Minister-Präsidenten in der 103. Sitzung die gegen jene §§. sprechenden Gründe und Bedenken hervorgehoben wurden. Also Ausschließung der deutschen Lande Oesterreichs, mit andern Worten Verstümmelung Deutschlands, oder aber Lösung der so innig verbundenen und untereinander verwachsenen Bestandtheile Oesterreichs, welche fortan nur mehr der dünne Faden der Personalunion zusammenhalten soll.

Dies sind die beiden Endpunkte, zu welchen die Begründung des sogenannten Bundesstaates, der eben alles andere eher, als ein Bundesstaat ist, Deutschland und Oesterreich mit folgerichtiger Nothwendigkeit führen müßte.

Die Pflicht der Selbsterhaltung, als Deutsche nicht minder denn als Oesterreicher, bestimmt uns in gleicher Weise, solche Bestimmungen abzulehnen. Wir wiederholen es, Oesterreich und Deutschland würden hiedurch in ihrer Entwicklung nicht gefördert, sondern gehemmt, nach Außen nicht gestärkt, sondern geschwächt und bloßgestellt, in ihrem innern staatlichen Leben tief, vielleicht unheilbar verwundet; denn — wie wir an einem andern Orte zu äußern veranlaßt waren, — nicht in dem Zerreißen der österreichischen Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. — Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfnis.

Von der Ansicht durchdrungen, daß zwischen den so vielfach verschlungenen, wenn auch manchmal scheinbar divergirenden Interessen der deutschen und nichtdeutschen Theile der Monarchie einerseits, und andererseits dieser und des übrigen Deutschlands ein innerer Widerspruch nicht obwaltet, verkennet die Regierung zwar keineswegs die Schwierigkeit einer innigeren Vereinigung, aber sie zweifelt nicht, will man nur unbefangen und ohne Nebenabsicht das Werk vollbringen, an einer glücklichen Lösung der großen Aufgabe.

Der kaiserl. Regierung schwebt ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies,

organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor.

Wir gehen hiebei von der Ansicht aus, daß je schärfer die Scheidelinie gezogen wird zwischen dem gesammten Deutschland gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, je sicherer wird einem Vorwalten der Sonder-Interessen vorgebeugt, je weiter die Gränzmarken des großen Reiches ausgedehnt. Auf dem betretenen Wege würde man, statt zur Einheit Deutschlands, zunächst zur Nothwendigkeit gelangen, Oesterreich, die erste deutsche Macht, auszuschließen, und die künftigen Beziehungen zu uns denen zu den Niederlanden und Dänemark gleichzustellen. Auf der von der kaiserlichen Regierung in Aussicht zu stellenden Grundlage finden alle deutschen Staaten und alle außerdeutschen Landestheile Platz. Nicht eine gegenseitige Beeinträchtigung, nicht einen Racenkampf befürchtet die kaiserliche Regierung, als die Wirkung der näheren Berührung zwischen Deutschland und Oesterreichs nichtdeutschen Provinzen; vielmehr erkennt sie hierin nach beiden Seiten hin eine Quelle unermesslicher Vortheile. Allerdings stehen der Ausführung dieses Gedankens große, aber, wie uns scheint, nicht unüberwindliche Hindernisse entgegen. Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern, und allmählich übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume.

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ein wirklich einiges Deutschland nur geschaffen werden kann, wenn Oesterreich und Preußen bei dem Baue Hand in Hand gehen, war unsere erste und vornehmste Sorge, nach Berlin unsere Ansichten mitzutheilen. Wir gingen hiebei mit voller Aufrichtigkeit und ohne die Absicht voran, Oesterreich an der Leitung der deutschen Angelegenheiten einen größern Antheil zuzuwenden, als ihm seine Stellung als erste deutsche und europäische Großmacht thatsächlich und vertragmäßig bisher gesichert hat. Zugleich wurde vorgeschlagen, das Werk der Vereinbarung in Frankfurt gemeinsam mit den Fürsten, und zwar zunächst mit den Königen Deutschlands zu beginnen.

Die beabsichtigte vorläufige Verständigung mit der königl. preussischen Regierung konnte jedoch nicht in vollem Maße erzielt werden; wir betreten daher, statt, wie wir gewünscht hätten, in Gemeinschaft mit Preußen, allein den Weg der Vereinbarung mit Frankfurt.

Se. Majestät, der Kaiser und allerhöchstdessen Regierung begleiten die der Erstarkung und Einigung Deutschlands gewidmeten Bestrebungen mit Ihren aufrichtigen Wünschen. Sie sind hierbei zur Mitwirkung bereit, so weit es die eigenthümlichen Verhältnisse der Monarchie gestatten. Sie hoffen und wünschen, daß die heutige Eröffnung in und außerhalb der Paulskirche günstige Aufnahme finden und jedenfalls die Aufrichtigkeit und die Bereitwilligkeit Oesterreichs in vollem Maße gewürdigt werde.

Gerne geben wir uns der Erwartung hin, daß der Weg der Verständigung nicht abgeschnitten wurde durch die jüngsten Beschlüsse der Versammlung, durch jene unter dem Eindrucke erfolgten Abstimmungen, daß es sich eigentlich um mehr und um anderes handle, als die zur Schlußfassung vorgelegten Anträge mit Worten aussprachen. Gerne erwarten wir, daß wenn die von der Versammlung zu beschließende Verfassung den deutschen Regierungen zur Vereinbarung vorliegen wird, eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung erzielt werden könne. Welche Phasen aber auch das Vereinbarungswork noch durchlaufen sollte, eines steht hierorts fest, daß Se. Majestät, der Kaiser, und allerhöchstdessen Regierung in der Begründung eines einheitlichen Central-Staates den Keim unheilvoller Spaltungen erkennen müßten, — den Anlaß zur Zersplitterung und nicht zur Einigung Deutschlands. Gegen eine Unterordnung Sr. Maj. des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahren sich Se. Maj. der Kaiser

und allerhöchstdessen Regierung auf das Feierlichste. — Sie sind dieß sich, Sie sind es Oesterreich, sind es Deutschland schuldig.

E. H. werden beauftragt, gegenwärtige Depesche dem Hrn. Minister-Präsidenten von Gagern mit der Bitte mitzutheilen, dieselbe der National-Versammlung vorlegen zu wollen.

Empfangen u. u.

Am 1. März um 10 Uhr Vormittags wird in Folge des allerhöchsten Patentes vom 21. März 1818 die Einhundert und Neun und Neunzigste Verlosung der älteren Staatsschuld in dem hierzu bestimmten Locale im Bankhause in der Singerstraße vorgenommen werden.

Unmittelbar nach diesem Acte wird die Verlosung der Staatsschuldverschreibungs-Nummern, welche in den am 1. December des vorigen Jahres gezogenen 86 Serien des im Jahre 1839 abgeschlossenen Staats-Anlehens von 30,000.000 Gulden enthalten sind, Statt finden.

### Oesterreichisches Küstenland.

Bl. Triest, den 18. Febr. (Corresp.) Aus dem kaiserlichen Lager vor Venedig ist so eben die Nachricht eingelangt, daß das venetianische Fort „Brondolo“ in der Nähe von Chioggia von den Unserigen mit Sturm genommen worden sey. Die Wahrheit dieses Gerüchtes kann nicht verbürgt werden, doch wäre es an der Zeit, über das Vorurtheil der Schonung menschlichen Blutes hinaus zu gehen, und bevor ein allgemeiner Krieg in Italien unternommen, mit gefälltem Bajonnet in das Rebellen-Nest vorzudringen. Die bisherige Cernirung des venetianischen Gebietes hat sicher weit mehr Menschenopfer verlangt, als die Einnahme mit Sturm bei dem hartnäckigsten Widerstande. Ueberdieß ist es für den Krieger ehrenvoller, auf dem Schlachtfelde zu sterben, als am Krankentage sich dahin zu wälzen. Wie entmuthigend wirkt nicht der Tod des Letzteren auf seine Kameraden!

Nach den einstimmigen Berichten aus Italien hat die Constituante zu Rom am 9. d. M. die Republik proklamirt. Um 1 Uhr Morgens war nachstehendes „Grundgesetz“ beschlossen und veröffentlicht worden:

1. Die weltliche Herrschaft des Papstthums im römischen Staate hat in der That und von Rechtswegen aufgehört. 2. Der römische Pontifex wird alle nothwendigen Garantien für die unabhängige Verwaltung seiner geistlichen Gewalt genießen. 3. Die Regierungsform des römischen Staates soll die reine Demokratie seyn, und selbe wird den glorreichen Namen der römischen Republik annehmen. 4. Die römische Republik wird mit dem übrigen Italien in jener Verbindung stehen, welche ihr von der gemeinschaftlichen Nationalität geboten ist. Vom 9. Febr. 1849. Der Präsident Galletti; die Secretäre: Joh. Penacchi, Ariod. Fabretti, Ant. Zambianchi, Quirino Filopanti Barilli. — Nach einzelnen Gerüchten dürfte Toscana dem gegebenen Beispiele folgen. Diese plötzliche Verletzung des monarchischen Princips wird sogar von Blättern, die der italienischen Reform-Partei anhängen, bitter getadelt, weil nunmehr ein rechtlicher Grund zur bewaffneten Intervention vorliegt, der, wie sich selbe ausdrücken, für die italienische Sache nur nachtheilig werden kann.

### Kriegsschauplatz aus Ungarn.

Die „Abendb. zur allgemeinen österr. Zeitung“ vom 13. Februar meldet aus Pesth Folgendes:

Der „Figyelmező“ läßt sich aus Gran vom 6. Febr. schreiben: Gestern Morgens nach 9 Uhr brachten Kanonenschüsse unsere Stadt in Bewegung, sie wurde nämlich von Honveds, die auf dem Párkányer Ufer standen, beschossen. Nachdem 20 — 30 Schüsse geschossen waren, gingen die Honvedofficiere nach Nána (einem Capiteldorfe gleich bei Párkány) ließen sich dort bewirthen, griffen die Herrschaftscassa an und da sie dort wenig vorfanden, schick-

ten sie einen Boten hinüber mit der Drohung, daß sie das Dorf in Brand stecken, wenn das Capitel ihnen nicht 10.000 fl. schicke. Während der Bote abging, conscribirten sie alles vorrätthige Heu, Hafer, Getreide u. a. m., und nachdem sie dem Pfarrer von Párkány alle Lebensmittel abgenommen hatten, gingen sie davon. Das Ganze glich mehr einem Charivari, als einem wirklichen Angriffe. In Gran ist heute Cavallerie zur Verstärkung der dort stationirten Grenadiere angekommen; von den blind herüber geschossenen Kugeln wurden bloß 3 Mann verwundet, sonst ist kein Schade geschehen.

Pesth, 8. Februar. Der „Figyelmező“ erzählt nach der Aussage eines Reisenden, daß 24 Husaren in Mezökövesd sich festgesetzt haben, die im Namen des Debrecziner Comitès die Reisenden beunruhigen. Mit ähnlichen Banden, setzt das Blatt fort, werden wir längere Zeit unser Kreuz haben, bis die jede Stunde erwartete Vermehrung der k. k. Truppen auch diesem Uebel schnell ein Ziel setzen wird. Nur muß die friedliebende Bevölkerung sich bestreben, den guten Geist, aber nicht den Dämon der Rebellion zu nähren.

Die Güter des schmählich ermordeten Grafen Eugen Zichy sind bereits außer Sequester erklärt, und da man ein Testament des Grafen vorfand, welches zu Gunsten seines jüngern Bruders Eduard lautete, wurden die Güter demselben übergeben.

Preßburg, den 5. Februar. Gestern Nachts gegen 1 Uhr wurde ein leichtes Erdbeben gespürt, es ging von Süd-West gegen Nord-Ost. Eine seltene Erscheinung mitten im Winter.

Heute wird der Buchhändler und Buchdrucker Carl Friedrich Bigand der Ältere zu Grabe getragen. Er war ein überaus thätiger Mann von echt deutschem Schrot und Korn.

### Lombard. Venetianisches Königreich.

Die „Gazzetta di Ferrara“ meldet aus Rovigo vom 30. Jänner: Es ist der Delegation der Befehl zugekommen, keine Pässe mehr nach den römischen Staaten Toscana und Piemont, die als feindliche Staaten erklärt werden, auszustellen.

Rovigo, 7. Februar. Ueber die sich immer mehr kundgebenden anarchischen Zustände meldet das „Abendb. z. W. Itg.“ Folgendes: Am 6. d. sind mehrere österreichische Officiere von der neu eingerückten Garnison des 13. Gränz-Regiments der Festung Ferrara in der Stadt gleichen Namens ohne irgend eine Veranlassung, von dem hierzu bearbeiteten Pöbel ausgepöbeln, verhöhnt und auf das empfindlichste insultirt, ja sogar mit Steinen beworfen worden. Tags darauf, als wieder mehrere Officiere, wahrscheinlich um in dieser Angelegenheit die gemessenen Schritte zu machen, in der Stadt erschienen, wurden diese meuchlings angegriffen; ein Officier blieb gleich todt, ein anderer wurde schwer blessirt!

Wahrscheinlich wird man sich als Herr einer Cittadelle die nöthige Genugthuung bereits verschafft haben.

Weiters meldet obiges Blatt aus Rovigo vom 8. Februar. Ich bin heute in der Lage über die obigen mitgetheilten neuesten Vorfälle in Ferrara Bestimmteres sagen zu können.

Bei dem schändlichen Angriff des von den sogenannten „Menschenbeglücker“ bearbeiteten fanatischen Pöbels in Ferrara gegen mehrere Officiere und Militärs von unserer Garnison aus der Cittadella Ferrara ist Folgendes nachzutragen. Der Major Br. v. B... des 13. Gränz-Regiments mit mehreren Officieren hatte seiner Pflicht gemäß das zur Aufnahme der franken Militärs bestimmte Locale besichtigt — als er ohne irgend eine Veranlassung, wie sich wohl von selbst versteht, von dem wüthenden Pöbel geneckt — gehöhnt — endlich attackirt wurde — ein Attentat, wie man gewiß kein ähnliches aufzuweisen haben wird; — in diesen Conflict wurden auch die für die Militär-Mann-

schaft in ihre Menage einkaufenden Köche hinein-gezogen. Es kommt nun zu berichtigen, daß von den Officieren nur einer blessirt — dagegen leider von der vorgenannten Mannschaft 1 Artillerist und 2 Gemeine der Gränzer (vermuthlich Familienväter) auf schändliche Art gemordet wurden. Der Festungs-Commandant verlangte augenblicklich die nöthige Genugthung — drohte im Weigerungsfalle die Stadt zu beschießen, und wirklich ließ man es so weit kommen, daß auch auf die Stadt schon 3 Kanonenschüsse abgefeuert wurden, worauf dann die verlangte Satisfaction erfolgte.

Am selben Tage, den 7. Februar, wurden die als Sicherheitsgeleit für die k. k. Militär-Briefschaften zur Abgabe auf der Post zu St. Maria Magdalena commandirten 3 Cavalleristen, 1 Corporal und 2 Gemeine von Reuß Husaren auf dem Rückweg nach Ferrara in Pontelagoscuro von den dort bewaffnet herumtreibenden Gesindel gefangen, bis endlich dem in St. Maria Magdalena stationirten Hauptmann St... durch seine ernstlichen Drohungen und schon bereits getroffenen Dispositionen gelang, diese 3 Husaren zu befreien. Auch ein Transport von 3 Fuhrwesenswägen, welcher den Po zu passiren hatte, sollte gefangen gehalten werden, wenn die angedrohten energischen Maßregeln nicht die angehoffte Wirkung hervorgebracht hätten.

Man gibt sich nun der sichern Hoffnung hin, daß bei dieser Anarchie und Willkür es im Interesse des Papstes und der Menschheit liegt, daß wenigstens das Ferrarische, wo wir ja ohnehin festen Fuß haben, besetzt werde.

Die „Gazz. Piemontese“ meldet aus Venedig vom 30. Jänner: Venedig, das nach der Märzrevolution von den in seinen Arsenalen vorgefundenen Gewehren 30.000 derselben dem Festlande abließ, hat deren nun selbst nöthig. Der Ingenieur Vincenzo Manzini legte der provisorischen Regierung einen Plan vor, in welchem er den Beweis darlegt, daß durch die Anwendung einiger Dampfmaschinen und anderer dort vorräthigen Instrumente man eine Waffenfabrik, ohne große Lasten für den Staatsschatz, herstellen könnte. Eine Commission, aus Militäringenieuren bestehend, die beauftragt war, diesen Vorschlag zu untersuchen, gab ihre vollkommene Beistimmung zu demselben. Die Waffenfabrik wird demnach bald in Thätigkeit gesetzt werden. Venedig wird binnen Kurzem Italien und sich selbst 300 Gewehre, 300 Bajonnette und 200 Säbel täglich liefern können. Die Regierung wird dadurch auch in den Stand gesetzt, viele Arbeitsleute zu beschäftigen, die durch den Stillstand der Industrie brotlos geworden sind. Durch den Verkauf der Waffen in Italien, das deren so sehr bedürfe, würde viel Geld einkommen und den öffentlichen Einnahmen zu nicht geringem Vortheile seyn.

**Großherzogthum Toscana.**

Ueber die Flucht des Großherzogs enthält ein mitgetheiltes Privatschreiben in der „Abend-Beilage der Wiener Zeitung“ vom 15. d. M. Folgendes: Der Großherzog gab am 7. dem Conseils-Präsidenten Montanelli ein Diner, und nach demselben verließ er mit der Großherzogin zu Fuß die Stadt. Außerhalb derselben erwartete sie der Wagen, der sie nach Piombino oder S. Stephano brachte. Ein englisches Schiff lag daselbst bereit, um sie nach Neapel oder nach Malta zu bringen. In Folge dieses Ereignisses wurde eine provisorische Regierung von drei Mitgliedern, Montanelli, Guerrazzi und Mazzoni, proclamirt. In einem zurückgelassenen Schreiben erklärt der Großherzog, daß die Constituante gegen sein Gewissen, und gegen das Interesse des Landes sey. — Der Präsident des Parlaments hat einen Versuch gemacht, die Kammer aufzulösen, aber die Deputirten wollen auf ihren Plätzen bleiben.

**Deutschland.**

Die „Abend-Beilage der Wiener Zeitung“ vom 15. Febr. enthält folgenden Corresp. Artikel:

Frankfurt, 10. Februar. Die in der deutschen Verfassungsangelegenheit erlassene Note des österr. Ministeriums vom 4. Februar 1849, die heute durch die (die österreichischen Interessen lebhaft verteidigende) „Frankfurter Zeitung“ (vormals Parlaments-Flugblätter) bekannt gemacht wurde, erregt allgemeines Interesse und wird nach allen Seiten hin lebhaft besprochen. Zugleich mit derselben wurde hier die in der bairischen Kammer abgegebene Ministerial-Erklärung bekannt, nach welcher die bairische Regierung sich für das Vereinbarungs-Princip und gegen das preussische Kaiserthum, so wie gegen den Austritt Oesterreichs ausspricht. Nachdem sich nun die Regierungen der 3 größten deutschen Staaten für das Vereinbarungs-Princip ausgesprochen, ist vor Allem wichtig zu erfahren, wie das Ministerium Gagern, das sich bei Gelegenheit der österreichischen Frage halb und halb gegen dieses Princip ausgesprochen hat, die „Verständigung“ mit den Regierungen einleiten werde? Hr. von Gagern wird wohl ehestens darüber das Wort ergreifen. Doch wir wollen hier über Worte nicht streiten, es kann genügen, wenn mit diesem Synonym-Worte Principien-Streitigkeiten in ihrer gegenseitigen Schärfe gemildert und versöhnt werden kann, und in so ferne wollen wir uns die Verständigung gefallen lassen, wenn nur die Uebereinstimmung zwischen der National-Versammlung und den Regierungen überhaupt erzielt werden kann.

Der Ton der österreichischen Note, gegenüber der preussischen Regierung, läßt durchleuchten, daß die preussische Note ohne vorläufige Mittheilung an das österreichische Ministerium erlassen worden und dieß gegen eine frühere Abrede — gemeinschaftlich zu handeln — geschehen sey. Wir begreifen, daß dieß unangenehm berührt haben müsse, legen aber darauf kein so großes Gewicht, als daß wir befürchten sollten, daß daraus eine nachhaltige Spannung zwischen beiden Regierungen entstehen sollte, denn wir müssen es zum Wohle Deutschlands wünschen, daß diese beiden Regierungen in der Verfassungsfrage Hand in Hand gehen mögen.

Die österreichischen Abgeordneten haben den Inhalt der Note zum Gegenstand ernstlicher Berathung gemacht, um sich über ihr Verhalten möglichst zu verständigen.

Sonderbarer Weise wird aber von vielen Seiten her die österreichische Note so gedeutet, als sey sie eine Art Protest gegen das Verfassungswirken, ein Verhindern des Zustandekommens, eine Drohung gegen den engeren Bundesstaat!!

Es ist nicht zu zweifeln, daß diese aufgeregte Auffassung in einigen Tagen reiflicher Würdigung Platz machen wird, und es wird Sache der öffent-

lichen Meinung in Oesterreich seyn, die Zweifel und Besorgnisse, die man irrthümlich daraus entnimmt, zu beseitigen.

Dieß ist um so wichtiger, als gerade jetzt verdächtigende Auffassung und das Wittern diplomatischer autokratischer Rückhalte, Oesterreich gegenüber, an der Tagesordnung ist. Man amalgamirt den Kriegszustand in Wien und Ungarn gar zu gern mit der zu befürchtenden Rückkehr zum absoluten System, was doch offenbar unwahr und unmöglich ist, und es ist deshalb doppelt nothwendig, daß die periodische Presse in Oesterreich jeder solcher verdächtigenden Zumuthung entschieden entgegenetrete.

So wurde neulich, um nur ein Beispiel anzuführen, das Anerbieten Oesterreichs wegen den kriegerischen Eventualitäten, im Westen ein Hilfs-Corps von 40.000 Mann am Rhein aufzustellen, in der „deutschen Zeitung“ mit der grellen Entstellung veröffentlicht, daß dieß geschehen sey, um damit die Mediatisirung der kleineren Staaten durchzusetzen!!! Man weiß nicht, ob diese Entstellung aus Absicht oder Naivetät geschehen sey?

**Großbritannien und Irland.**

„Daily News“ meldet: Der Commandeur Jones schreibt an den Staats-Secretär der vereinigten Staaten, daß man sich keinen Begriff von dem traurigen Zustande in Ober-Californien, seitdem die Goldmanie dort so sehr überhand genommen hat, machen kann. Matrosen und Officiere desertiren von den Schiffen. Wechselfieber lichten die Reihen der Minengräber, denen es an Lebensmitteln und einem schützenden Obdache fehlt. Auch ein Officier der Land-Armee schreibt aus Monterey, daß fast die ganze Mannschaft einer Artillerie-Compagnie desertirte, um Gold aufzusuchen. Von den Schiffen, die im Hafen von Californien liegen, wagte man es nicht mehr, die Matrosen ans Land zu setzen, da sie nicht wieder zurückkommen.

Die „Times“ meldet, daß der ehemalige englische Minister in Spanien, Sir Henry Lytton Bulwer, an die Stelle des Hrn. Pakenham, der in Pensionsstand versetzt wurde, zum englischen Minister in New-York ernannt worden ist.

Die diplomatischen Streitigkeiten zwischen England und Spanien sind auf dem Wege, ausgeglichen zu werden.

**Osmanisches Reich.**

Constantinopel, 31. Jän. Der k. k. Internuntius Graf von Stürmer hatte am 26. Jän. eine Audienz beim Sultan, worin er diesem Monarchen das Notificationschreiben Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand über dessen Thronentsagung, das Notificationschreiben Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph über seinen Regierungsantritt und das aus Anlaß dieses Thronwechsels für ihn neu ausgefertigte Creditiv zu überreichen die Ehre hatte und wobei er vom Sultan mit ausnehmendem Wohlwollen empfangen wurde.

In Folge großherrlicher Entschliesung wurde eine neue Statthalterchaft aus den Inseln des Archipelagus, mit Rhodus als Centrum und Regierungssitz, Stanchio, Chio und Mithlene als Dependenz gebildet, und dieselbe dem ehemaligen Finanzminister und zuletzt Gouverneur von Damascus, Mussa Safrati Pascha, verliehen.

**Triester Marktpreisliste der krainischen Producte.**

Gattung.	Gulden		Anmerkung.
	von	bis	
Weizen . . . . . per Star	5 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	6 <sup>1</sup> / <sub>6</sub>	Der Verkauf von Weizen aller Provenienzen betrug vom 10. bis 16. d. M. 41.300 Star, und es bleibt ein Gesamtvorath von 251.800 Star. — In diesem Verhältnisse dürfte der Preis auch künftighin progressiren
Ruturuz . . . . . detto	3 <sup>2</sup> / <sub>3</sub>	4	
Korn . . . . . detto	3 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	
Gerste . . . . . detto	2 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	2 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	
Hafer . . . . . detto	2 <sup>5</sup> / <sub>12</sub>	3	
Hisolen . . . . . detto	5	5 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	
Bohnen aus Aegypten . . . . . detto	3 <sup>5</sup> / <sub>12</sub>	3 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	
Linzen . . . . . detto	3 <sup>1</sup> / <sub>12</sub>	3 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	
Leinsamen versch. Provenienzen . . . . . detto	3	9 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	
Mehl in Säcken . . . . . per Centner			
Nr. 1 . . . . . detto	10 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—	
Nr. 2 . . . . . detto	9 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>	—	
Nr. 3 . . . . . detto	8 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	—	
Nr. 4 . . . . . detto	7 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	—	
Nr. 5 . . . . . detto	6 <sup>1</sup> / <sub>3</sub>	—	

Wie dargethan, übte das Steigen der Preise des Weizens bisher noch keinen Einfluß auf die Preise der Mehlgattungen.

# Anhang zur Laibacher Zeitung.

Cours vom 15. Februar 1849.

		Mittelpreis
Staatsschuldverschreib.	zu 5 pCt. (in C.M.)	84 3/4
detto	detto zu 4	66 9/16
Darlehen mit Verlosung v. J. 1834, für 500 fl.		731 1/4
detto	detto 1839	250 226 1/4
Obligationen der Stände	(G. M.) (G. M.)	
v. Oesterreich unter und ob der Enns, von Böhmen, Mähren, Schlesien, Steyermark, Kärnten, Krain, Görz und des W. Oberl. Amtes	zu 3 pCt. zu 2 1/2 .. zu 2 1/4 .. zu 2 .. zu 1 3/4 ..	50 .. 40 ..
Bank-Actien pr. Stück 1136 in C. M.		

## Getreid-Durchschnitts-Preise

in Laibach am 17. Februar 1849.

		Marktpreise.
Ein Wiener Mehl Weizen	5 fl.	17 1/2 ft
— — — Rukuruz	— „	— „
— — — Halbsucht	— „	— „
— — — Korn	3 „	6 „
— — — Gerste	— „	— „
— — — Hirse	3 „	18 „
— — — Heiden	2 „	3 1/2 „
— — — Hafer	1 „	42 „

## K. K. Lottoziehungen.

In Graz am 17. Februar 1849:

3. 9. 60 86 80.

Die nächste Ziehung wird am 3. März 1849 in Graz gehalten werden.

In Wien am 17. Februar 1849:

81. 79. 80. 41. 7.

Die nächste Ziehung wird am 3. März 1849 in Wien gehalten werden.

## Fremden-Anzeige

der hier Angekommenen und Abgereisten.

Am 13. Februar 1849.

Hr. Angelo Cadore, Handlungsagent, von Triest nach Wien. — Hr. Peter Dorligo, Handlungsagent, nach Wien. — Hr. Joseph Schamberger, Realitäten-Besitzer, nach Triest. — Hr. Franz Moroni, Dr. der Medicin, von Udine nach Wien. — Hr. Leonard Gschter, Handelsmann, von Wien nach Triest. — Frau Elise Edle von Bornemissa, Private, von Graz nach Mailand.

Am 14. Hr. Carl Graf v. Wenckheim, k. k. Kammerer, — und Hr. Adolph Fürst v. Schwarzenberg, von Wien nach Mailand. — Hr. Julius Wurzbach, Dr. der Rechte, nach Wien. — Hr. Franz Görup, Handelsmann, von Görz nach Wien. — Hr. Joseph Anderlig, Handlungsagent, von Triest nach Cilli. — Hr. Andreas Horavizki, Handelsmann, von Jesenitz nach Wien.

Am 15. Hr. Franz Zimmermann, Tuchfabrik-Besitzer, von Wien nach Triest. — Hr. Franz Sprung, Berg- und Hütten-Verwalter, nach Wien. — Hr. Albert Scherz, Handelsmann, nach Groß-Ranischa. — Hr. Johann Spibich, Handelsmann, von Triest nach Agram. — Hr. Johann Bahovec, Kaufmann, nach Triest. — Hr. Anton Matrelich, Handelsmann, von Agram nach Idria.

3. 268. (3)

## Zur Waldaufsicht

wird ein lediger Mann, versehen mit einer guten Handschrift, der sich über seine Moralität anempfehlend ausweisen kann, gesucht. Bewerber wollen sich an das Zeitungs-Comptoir oder direct an die Herrschaft Klingensfeld wenden.

3. 265. (3)

## Dank und Anempfehlung.

Gefertigter dankt gehorsamst für das vieljährige Vertrauen, welches ihm in dieser Provinz hinsichtlich seiner Kunstgärtner-Beschäftigung geschenkt wurde, und zeigt an, daß er aus dem Hause Nr. 68, Polana-Vorstadt, so genannt „Kleeblatt'schen Garten," ausgezogen und in sein Haus, St. Peters-Vorstadt Nr. 35, eingezogen ist. Er empfiehlt sich zur gütigen Abnahme seiner Blumen und Blumenzwiebeln, wie auch verschiedener Gattungen Samen, und verspricht, wie bis nun, beste Bedienung und billige Preise.

Laibach am 25. October 1848.

Anton Pofnig,  
Kunstgärtner.

3. 273. (2)

## Anzeige und Einladung.

### Die Eröffnung des Gasthauses im Coliseum betreffend.

Indem der Pächter die Eröffnung obbenannter Localitäten anzeigt, macht derselbe zugleich hiermit seine ergebenste Einladung an die verehrten Bewohner Laibachs, mit dem Versprechen, durch aufmerksame schnelle Bedienung, mit gut zubereiteten Speisen und echten Getränken sich die Zufriedenheit und das Zutrauen der ihn besuchenden P. T. Herren Gäste erwerben zu suchen, und empfiehlt sich hiermit hochachtungsvoll. — Laibach den 16. Februar 1849.

3. 191. (8)

## Wohnungs-Ankündigung.

In dem schön gelegenen Hause der hiesigen Kleinkinder-Bewahranstalt, Stadt Nr. 63, ist zu kommenden Georgi die gassenseits gelegene Wohnung im 2. Stocke, bestehend aus 4 zusammenhängend ausgemalten Zimmern, 1 Küche, 1 Speis, 1 Keller, 1 Holzlege und 1 Dachkammer, zu vergeben. — Nähere Auskunft hierüber ertheilt der Hausinspector, Ignaz Bernbacher, in seinem Wohnhause Nr. 145 et 146, St. Peters-Vorstadt.

3. 275. (1)

## Lotterie - Annonce.

Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich, einem P. T. Publicum bekannt zu geben, daß mit höchster Bewilligung Carl Sothen in Wien zum Besten mehrerer Wohlthätigkeits-Anstalten eine

## große Lotterie,

deren Ziehung schon

am 14. April d. J. erfolgt,

und welche ausgestattet ist mit

**5 Stück Fünfstel-Rosen der k. k. Anleihe vom Jahre 1834,**

deren Serien bereits am 1. Februar gezogen wurden und wovon die Haupttreffer nächster Gewinn-Ziehung

**Gulden 200,000 - 35,000 - 15,000 - 10,000 zc.**

sind, überdieß mit

baaren Gulden **20,000 W. W.** dotirt ist,

und in der so geringen Anzahl von

nur **20,000** Rosen, **2000** gezogene Treffer

enthält, veranstaltet hat.

In Anbetracht, daß diese Lotterie in Summa eine so ungewöhnlich geringe Anzahl Lose enthält, und diese mit so bedeutenden, vielen und großen Gewinnsten ausgestattet sind, und durch die Beigabe obbenannter Lose die Möglichkeit herbeigeführt ist, daß man mit der so geringen Einlage von nur 2 fl. C. M. als Preis eines Loses im glücklichsten Falle **100,000 Gulden W. W.** und noch darüber, und mit 2 Rosen, d. i. eines der I. und eines der II. Abtheilung sogar beide Haupttreffer der zwei Gewinnst-dotationen gewinnen kann, so glaubt der Gefertigte, daß sich diese Lotterie bei dem geehrten P. T. Publicum einer recht geneigten Aufnahme und der regsten Theilnahme zu erfreuen haben wird, in Folge dessen sich derselbe zum Verkauf dieser Lose bestens empfiehlt.

Das Los kostet nur **2 fl. C. M.**

und Abnehmer von 5 Rosen erhalten 1 Los als unentgeltliche Aufgabe.

**Joh. Ev. Wulscher,**  
Handelsmann in Laibach.